

POLIZEIMELDUNGEN

Eckbank in Brand geraten

Gamprin. – Zu einem Brand in einem Einfamilienhaus kam es am Sonntag in Gamprin. Die Bewohner bemerkten beim Betreten des Hauses am Sonntagnachmittag Rauch und alarmierten die Feuerwehr. Ermittlungen ergaben, dass das Feuer aufgrund einer unbeaufsichtigten Kerze auf einer hölzernen Eckbank in der Küche ausbrach. Die Feuerwehr Gamprin konnte den Brand unter Kontrolle bringen, die Höhe des entstandenen Sachschadens ist derzeit nicht bekannt. (lpf)

Brücke eingestürzt

Malbun. – In Malbun ist am Sonntag eine Holzbrücke eingestürzt, zwei Personen erlitten dabei leichte Verletzungen. Eine 10-köpfige Gruppe beobachtete gegen 11 Uhr auf einer Fussgängerbrücke in Malbun ein Foto zu schiessen, als ein Brückenteil plötzlich einstürzte. Zwei Personen verletzten sich durch den Sturz im Rückenbereich und wurden durch den Rettungsdienst ins Spital gebracht. (lpf)

Verletzter Radfahrer

Gamprin. – Am Freitagnachmittag kam es in Gamprin zu einem Unfall mit einem verletzten Radfahrer. Ein 55-jähriger Mann fuhr mit seinem Rad auf einer Nebenstrasse talwärts und verlangsamte seine Fahrt aufgrund einer Fussgängerin, welche die Strasse überquerte. Aus unbekanntem Grund kam der Radfahrer in der Folge zu Sturz und verletzte sich unbestimmten Grades. Er wurde mit dem Rettungsdienst ins Spital gebracht. (lpf)

FOREN

Die Abkommenspolitik der Regierung: Reputation im Ausland ... wessen Reputation?

Nachstehend veröffentlichen wir einen Beitrag einer Gruppierung von Treuhändern um den Vaduzer Rechtsanwalt und Treuhänder Walter Matt, die neu unter dem Namen «Treuhänder Forum» auftritt.

Es ist seit zwei, drei Jahren unübersehbar, dass die Regierung in ihrer Abkommenspolitik nur eines verfolgt und sie meint, es sei das wichtigste Ziel, nämlich Abkommen um Abkommen mit möglichst vielen Ländern abzuschliessen, koste es, was es wolle. Und wie viel es kostet! Es kostet viele Treuhänder sogar ihre Existenz, von den kostspieligen Mehrumtrieben am ganzen Finanzplatz und von den horrenden Geldabflüssen und Steuerausfällen ganz zu schweigen. Die Regierung vermeint zu punkten, wenn sie ausweisen kann, dass sie praktisch alle (vom Ausland) vorgeschriebenen Abkommen unter Dach und Fach hat. Es ist einerseits lobenswert, aber wo bleibt die Reputation der Treuhänder?

Diese sitzen nicht etwa nur zwischen Stühlen und Bänken, sondern sind ge-

radezu vom Tisch gefegt und kommen, wie schon in einem früheren Kommentar berichtet, in der Regierungsagenda 2020 gar nicht mehr vor. Die Reputation der liechtensteinischen Treuhänder und anderer Teilnehmer am Finanzplatz ist stark beschädigt. Die Treuhänder können nicht punkten mit neuen Abkommen. Die Treuhänder wollen mit der Regierung kooperieren, sie müssen sich selbstverständlich umstellen und wollen das auch. Aber die Regierung verhandelt mit den Treuhändern nichts Neues. Sie verhandelt mit ausländischen Behörden nicht einmal, sie lässt ständig über sich verfügen. Was dieses Buckelmachen gebracht hat, bewies sich schlagend am Misserfolg der fürstlichen Geschäfte in Deutschland und hatte sich doch gerade die LGT als Erste damit hervorgetan, Tausende von Treuhändern, die bisher in die LGT, in die Garantien des Landes, vertrauten, vor die Türe zu setzen. Die Treuhänder können nur wieder und weiter Vertrauen gewinnen und mit geänderten Geschäftsmodellen Geld ins Land bringen, wenn verfassungsmässige Rechte, wenn die Privatsphäre und wenn der Schutz des

liechtensteinischen ordre public, und darunter ist auch der Selbsterhaltungstrieb des Landes zu verstehen, sakrosankt bleiben. Die Liechtensteiner Treuhänder wollen in ihrem eigenen, aber auch im Landesinteresse kein weiteres Desaster, zum Beispiel mit Deutschland. Sie können nur weiter existieren, wenn das, was sie anbieten, halten, von der Regierung geschützt wird. Das sind Vertraulichkeit, Privatsphäre, asset protection, und die Garantie des Vermögensschutzes im weitesten Sinne, Investitionsschutz und Garantie, Planung für ausländische Familien im Lande, Nachfolgeplanung in Unternehmen, Unternehmensberatung, Betreuung von Handels- und Patentverwertungsfirmen, Betreuung von Holdingstrukturen, internationale Rechts- und Steuerberatung und wie bisher die Übernahme fiduziarischer Organstellung in Stiftungen und in Handelsfirmen, die von Liechtenstein aus international tätig sind. Das fürstliche Fiasco mit der LGT zeigt, das das, was die Regierung unter Reputationsgewinn versteht, im Ausland anders gesehen wird. Je mehr die Regierung die Dienstleistungen in Liech-

tenstein für ausländische Behörden und Institutionen völlig durchsichtig macht, was zu einer praktischen Abschaffung der Privatsphäre führt, umso schwerer, wenn nicht unmöglich wird den Treuhändern ihre Arbeit gemacht. Diese warten immer noch auf ein wirklich liechtensteinisches Stiftungsrecht, die Änderung der Behördenpraxis, eine fremdenpolizeiliche und steuerrechtliche Öffnung im Personenverkehr für gut verdienende Fachkräfte und Privatiers. Das aber verfolgt die Regierung nicht. Die Treuhänder wollen mit der Regierung arbeiten. Diese will es aber nicht so. Kein Wunder, wenn in den Reihen der Treuhänder sich jetzt massiver Widerstand ankündigt, der bis zur Ausübung des Initiativ- und Referendumsrecht führen wird. Warum? Weil sich eben die Erkenntnis breit macht, dass die Regierung einen regelrechten Vernichtungsprozess gegen die Treuhänder führt oder einen solchen zumindest zulässt. Sie will einen neuen Finanzplatz, einen besseren als bisher. Die Regierung irrt, wenn sie meint, dass das auch ohne Treuhänder geht.

Treuhänder Forum

Zukunft Liechtenstein

Nachstehend veröffentlichen wir eine Mitteilung der Credo Vereinigung.

Demokratie steht und fällt also mit dem moralischen Zustand der Menschen, die Mehrheitsentscheidungen treffen, die dem Gemeinwohl widersprechen.

Was in letzter Zeit in unserem katholischen Land Liechtenstein passiert, sprengt alle Grenzen.

Wie wir das sehen, ist das keine Trotzreaktion und es ist auch nicht konservativ von unserem Erzbischof Wolfgang Haas, die Feldmesse am 15. August nicht mehr zu zelebrieren. In einem Leserbrief heisst es, auch provoziere er unnötigerweise die Bevölkerung. Diesem Schreiber teilen wir mit, dass die ständigen Attacken auf das Erzbistum das Fass zum Überlaufen brachten. Meine

Damen und Herren «Der Krug geht zum Brunnen, bis er bricht». Es ist auch falsch, wenn dieser Leserbriefschreiber berichtet, dass je länger je mehr Menschen der katholischen Kirche den Rücken zuehren. Was die Rücktrittaufforderungen vom Erzbischof und Generalvikar anbetrifft, nehmen wir keine Stellung, das ist kein Thema. Diesem Schreiber steht eine Rücktrittaufforderung in keiner Weise zu.

Eines muss jetzt klargestellt werden, bei jeder Gelegenheit wird dem Erzbischof der schwarze Peter zugeschoben, nur der Landtag, die Regierung und weitere Gesellschaften, die machen keine Fehler. Wir ersuchen euch, diese Situation selbst zu beurteilen. Der Landtag und die Regierung, das sind immer die feinen Damen und Herren, die wissen, wo es langgeht, nur der Erzbischof, der macht alles falsch, das kann doch wohl nicht sein. Es liegt am

Landtag und an der Regierung, der römisch-katholischen Kirche diesen Status zu geben, den sie laut Verfassung vom 5. Oktober 1921 hat. Den Art. 37 in der Verfassung kennen wir alle. Meine Damen und Herren, es gibt eine weltliche und eine geistige Macht. Der Werteverfall und der Gender-Wahn zerstören nicht nur Liechtenstein, sondern ganz Europa. Wir müssen dafür sorgen, dass das nicht passiert. In der Schweiz wurde eine Bewegung ins Leben gerufen, ohne «Gender-Mainstreaming». Was heute in den Schulen passiert, das wissen viele Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner nicht. Die Aufklärung der Kinder ist Elternsache, die Bildung ist Sache der Schule. Der Sexualunterricht gehört nicht in die Schule, das ist Sache von Vater und Mutter. Da sind wir uns doch alle einig. Schliessen wir uns in dieser Sache der Schweiz an, es wird sich lohnen. Die

Gender-Revolution sieht vor, dass ein Knabe oder ein Mädchen später selber entscheiden kann, ob es in Zukunft als Mann oder als Frau leben möchte. Ein solcher Unsinn und Werteverfall ist in Brüssel in den Schubladen. Das ist Gender-Wahn! Wacht auf, werte Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner, bevor es zu spät ist. Wir fragen uns ernsthaft, was für Damen und Herren in Brüssel sitzen, die uns diesen Gender-Wahn aufdiktieren möchten.

Erzbischof Wolfgang Haas hat bestimmt seine Gründe, warum er die Feldmesse am Staatsfeiertag nicht mehr zelebriert. Wir haben volles Verständnis für diesen Entscheid. Das Partnerschaftsgesetz, die Fristenlösung, Trennung von Kirche und Staat usw., das sind markante Themen.

Demokratie steht und fällt also mit dem moralischen Zustand der Menschen.

LESERBRIEF

Vorsicht, Herr Frick!

Entgegen meiner ursprünglichen Absicht muss ich mich leider nochmals kurz zum Thema Landesspital äussern. In seinem Leserbrief vom 27. Juni unterstellt mir Herbert Frick, dass ich lediglich aus Eigennutz und Zukunftssicherung mich für einen Neubau des liechtensteinischen Landesspitals ein-

setzte. Wie bereits mehrmals öffentlich gesagt, möchte ich hiermit auch für Herbert Frick noch einmal schriftlich darlegen, dass ich in einem allfälligen Spitalneubau, so es denn auch sein sollte, nicht mehr als Belegarzt tätig sein werde. Dies trifft auch auf meine Kinder zu, welche nicht Medizin studiert haben. Meine Beweggründe, mich für einen Neubau des Landesspi-

tals einzusetzen sind ganz andere. Ich bin überzeugt, dass zum Wohle der Bevölkerung es auch in Zukunft nötig sein wird, über ein eigenständiges Spital zu verfügen. Jahrelange Erfahrungen im In- und Ausland, teils als Stellvertreter Chefarzt eines mittelgrossen Spitals, lassen mich zu dieser Überzeugung kommen. Fehlen die Argumente, greift man zum altbekannten Mittel

der persönlichen Angriffe. Lieber Herbert Frick, bitte keine falschen Anschuldigungen mehr in Zukunft. Alles zum Thema Landesspital habe ich bereits im Leserbrief vom 24. Juni gesagt und ich verzichte deshalb auf weitere Ausführungen.

Dr. med. Rainer Wolfinger, Im Fetzler 39, Schaan